

Anwesend:

**Oberbürgermeister**

Oberbürgermeister Carsten Feist

**Mitglied SPD-Fraktion**

Ratsmitglied Nurhayat Bakir-Block

Ratsmitglied Volker Block

Ratsmitglied Norbert Peter Brandt

Ratsmitglied Christina Heide

Ratsmitglied Birgit Holtz

Ratsmitglied Susanne Kempcke

Bürgermeisterin Gesche Marxfeld

Beigeordneter Detlef Schön

Ratsmitglied Gabriele Schröder

Ratsmitglied Kristian Stoermer

**Mitglied CDU-Fraktion**

Ratsmitglied Heidi Bosse

Ratsmitglied Martin Ehlers

Beigeordneter Uwe Heinemann

Ratsmitglied Sven Schoolmann

Ratsmitglied Jens Stoffers

Ratsmitglied Thomas Suberg

Bürgermeisterin Astrid Zaage

**Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW**

Ratsvorsitzender Stefan Becker

Ratsmitglied Ulf Berner

Beigeordneter Markus Bulla

Ratsmitglied Olaf Fischer

Ratsmitglied Michael Kiesewetter

Ratsmitglied Dr. Angela Kirstges

Ratsmitglied Darwin Reinhard

Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Ratsmitglied Dr. Uwe Weithöner

**Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"**

Ratsmitglied Anja Sanchez Mengeler

Ratsmitglied Petra Stomberg

Beigeordneter Andreas Tönjes

Beigeordneter Frank Uwe Walpurgis

Ratsmitglied Horst Dieter Walzner

Ratsmitglied Helga Weinstock

**Mitglied Gruppe "GRÜNE und GfW"**

Ratsmitglied Martin Burkhart

Ratsmitglied Antje Johanna Kloster  
Beigeordneter Miguel Schaar/Br. Franziskus  
Ratsmitglied Walther Schäfer  
Ratsmitglied Michael von den Berg

### **Mitglied AfD-Fraktion**

Ratsmitglied Thorsten Moriße  
Ratsmitglied Detlef Stump

### **Dezernent**

Erster Stadtrat Armin Schönfelder  
Stadtkämmerer Thomas Bruns  
Stadtbaurat Niksa Marusic

### **von der Verwaltung**

Leitung Referat 5 - Referat für Recht, Kommunalverfassungsangelegenheiten, Kultur, Bildung und Sport Marion Winkel-Fiedelak  
Fachbereichsleitung Finanzen Torben Müller  
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Walkenhorst  
Fachbereichsleitung Rechnungsprüfungsamt Jörg Engesser  
Fachbereichsleitung Feuerwehr Josef Schun  
Fachbereich Kommunikation & Koordination Alexander Ajwasow

### **Protokollführerin**

Fachbereich Kommunikation & Koordination Bianka Götz

### **Es fehlte entschuldigt**

Ratsmitglied Manuel Baruschke  
Ratsmitglied Marvin Hager  
Ratsmitglied Torsten Kastrioti  
Ratsmitglied Anja Mandt  
Ratsmitglied Olaf Werner

### **als Gast**

Geschäftsführerin Klinikum Wilhelmshaven Dr. Rafaela Korte  
Baugeschäftsführer Klinikum Wilhelmshaven Oliver Leinert  
RA Mulanski + Kollegen Thomas Mulanski  
Aderhold Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Jens Weber  
Aderhold Rechtsanwaltsgesellschaft mbH Tobias Gansel

## **A. Öffentlicher Teil ab Seite 3**

### **Einwohnerfragestunde auf Seite 10**

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

## A. Öffentlicher Teil

### Tagesordnung:

- 5.1.1 Finanzierung Klinikum **303/2023**  
6 Einwohnerfragestunde II  
(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

**Ratsvorsitzender Becker** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

**Beschluss:** einstimmig zugestimmt

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Aktuelle Stunde

Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde lagen nicht vor.

- 4 Bericht des Oberbürgermeisters über wichtige Angelegenheiten

Es bestand kein Informationsbedarf.

- 5 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

- 5.1 Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft, Tourismus und Häfen  
(Beigeordneter Heinemann)

- 5.1.1 Finanzierung Klinikum **303/2023**

**Herr Heinemann** trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft Tourismus und Häfen vom 23.10.2023 vor. Im Ausschuss habe man der Beschlussvorlage in der geänderten Form bei 13 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und einer Enthaltung mehrheitlich zugestimmt.

**Oberbürgermeister Feist** gab ein klares Bekenntnis zum Erhalt des Klinikums in kommunaler Trägerschaft ab. Er tue dies uneingeschränkt, obwohl mit einer erneuten verbindlichen Liquiditätszusage die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt stark eingeschränkt werde. Die Menschen in der Stadt und der Region müssten sich aber darauf verlassen können, dass für die stationäre Versorgung von kranken Personen ein stabiles und verlässliches Angebot über möglichst viele

Leistungsbereiche zur Verfügung stehe. Den Beschäftigten des Klinikums, die unter schwierigen Rahmenbedingungen tagtäglich eine hervorragende Arbeit leisten, sprach er seinen Dank aus. Aus der umfangreichen Beschlussvorlage sei ersichtlich, welche zwei Optionen zur Verfügung stehen. Gegenüber den Ratsmitgliedern und der Öffentlichkeit sei transparent dargestellt worden, welche Konsequenzen sich daraus jeweils ergeben.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation gab **Herr Bruns** eine Zusammenfassung aus Finanzsicht. Die Präsentation ist Bestandteil des Protokolls.

**Herr Walpurgis** verwies auf die zahlreichen Fehlentscheidungen in der Vergangenheit. Die Ratsgruppe „Die Bunten“ habe bereits damals vor der finanziellen Entwicklung gewarnt und eine strategische Partnerschaft mit dem Northwest-Krankenhaus für sinnvoll erachtet. Auch er stehe zum Klinikum und zu den Beschäftigten und wünsche sich einen modernen Neubau. Dieser müsse allerdings solide finanziert werden und die Stadt dürfe dadurch nicht vollkommen handlungsunfähig werden. Abschließend kritisierte er die Arbeit des Oberbürgermeisters als Aufsichtsratsvorsitzenden und forderte ihn zum Rücktritt auf.

**Herr Brandt** dankte den städtischen Beschäftigten, welche die Folgen der Misswirtschaft und Inkompetenz von Geschäftsführern in der Vergangenheit nun tragen müssten, indem ihre Arbeit durch Haushaltssperren erschwert werde. Die geforderte Einsparung von 6 % sei nicht ganz einfach zu bewältigen, weil ein erheblicher Teil der Sach- und Dienstleistungskosten gebunden sei und nicht reduziert werden könne. Er frage sich, wie die Einsparung erfolgen soll. Des Weiteren bat er um Auskunft, ob ein Wirtschaftsplan für 2024 vorliege und falls nein, warum nicht. Es schloss sich die Frage nach der Höhe der gestundeten Personalkosten des Eigenbetriebs Reinhard-Nieter-Krankenhauses an und ob die Stadt tatsächlich mit einer Rückzahlung der Mittel rechnen könne.

**Herr Bruns** erklärte, dass die Höhe der erforderlichen Deckung im Rahmen der Haushaltssperre für 2024 abhängig vom Ergebnis des Jahresabschlusses 2023 sei. Eine Endsumme könne er zum jetzigen Zeitpunkt nicht nennen. Die Stundung der Personalkosten sei bis zum Ende des 1. Quartals 2025 verlängert worden und Bestandteil der Liquiditätssicherstellung. Voraussetzung für eine Stundung sei, dass der Anspruch durch die Stundung nicht gefährdet erscheint.

**Frau Dr. Korte** teilte mit, dass nach Abstimmung mit dem Oberbürgermeister erst nach der heutigen Beschlussfassung ein Wirtschaftsplan vorgelegt werden könne; alles andere würde inhaltlich keinen Sinn machen. Man beabsichtige, den Wirtschaftsplan, der sich am Sanierungsplan orientieren werde, Ende November vorzulegen. Durch die konsequente und verbindliche Umsetzung der Sanierung im Jahr 2024 werde es selbstverständlich auch zu Veränderungen und Einsparungen im Hause kommen.

**Herr Fischer** zeigte sich erfreut, dass die Verwaltung nun doch eine inhaltliche Empfehlung zur Beschlussvorlage abgegeben habe. Das bisherige Verhalten der Verwaltung habe bei allen Fraktionen zu Irritationen geführt. Die Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW werde der Beschlussvorlage zustimmen. Er wies darauf hin, dass alle Kliniken Verluste machen. Wer angesichts der aktuellen gesundheitspolitischen Lage eine genauere Zukunftsplanung und Kostenauflistung verlange, der habe sich nicht mit der Krankenhauslandschaft beschäftigt. Er fügte hinzu, dass das Klinikum bei den operativen Zahlen nicht schlechter im Vergleich zu anderen Krankenhäusern stehe. Dies müsse der Öffentlichkeit auch mitgeteilt werden. Bund und Land seien gefordert, die Krankenhausfinanzierung auf eine verlässliche Grundlage zu stellen. Er forderte den Oberbürgermeister auf, in Zusammenarbeit mit dem Land und der DKW zu Lösungen zu kommen, um möglichst schnell wenigstens auf Teile des Baukontos zugreifen, zu können, damit endlich die Weiterarbeit am Neubau erfolgen könne.

**Herr Stump** erklärte, dass die AfD-Fraktion zum Klinikum stehe und deshalb auch heute den Beschluss mittragen werde.

**Herr Reinhard** gab zu verstehen, dass er als Freier Wähler, im Gegensatz zum Rest der Gruppe, den Beschluss nicht mittragen könne, solange keine Einigkeit im Rat darüber bestehe, wie es mit dem Klinikum weitergehe.

**Herr Heinemann** unterstrich, dass auch die CDU-Fraktion zum kommunalen Klinikum stehe und daher der Beschlussvorlage zustimmen werde. Gleichzeitig forderte er die Verwaltung auf, den Ratsmitgliedern auch in Folge der Vorlage in den kommenden Monaten vollständige Transparenz über die Kosten zu geben. Er betonte, dass die Kooperation mit Friesland vorangetrieben werden müsse. Die eingerichtete Ratsarbeitsgruppe habe dazu konkrete Wünsche geäußert. Gleichzeitig müsse über eine gemeinsame Rechtsform nachgedacht werden. Er erinnerte daran, dass eine Neubaufinanzierung Angelegenheit des Landes sei und erneuerte seine Forderung, die Verhandlungen mit dem Land wiederaufzunehmen, um die Finanzierung vom Stand 2017 auf den aktuellen Stand zu bringen.

**Herr Tönjes** erklärte, dass sich die Gruppe „Die Bunten“ überwiegend gegen die Beschlussvorlage aussprechen werde. Die Gruppe stehe zwar zum Klinikum, habe aber stets den beschrittenen Weg kritisiert. Man habe kein Vertrauen mehr in die Gutachter und Experten, denn mit Blick auf die aktuelle Situation stehe fest, dass seinerzeit zu einem falschen Weg geraten wurde. Er gab Herrn Reinhard recht, dass noch weitere Aufgaben in der Stadt zu erledigen seien. Seiner Ansicht nach arbeite die Verwaltung gegeneinander, wo doch eigentlich eine geschlossene Verwaltung von Nöten sei. Dies müsse unbedingt aufhören.

**Oberbürgermeister Feist** konnte die Ausführungen von Herrn Tönjes in Bezug auf die Verwaltungsarbeit in keiner Weise nachvollziehen und widersprach dem deutlich. Der gesamte Verwaltungsvorstand stehe uneingeschränkt hinter dem Klinikum und habe dies in den vergangenen Tagen öffentlich zum Ausdruck gebracht.

**Herr Block teilte** mit, dass auch die SPD-Fraktion zum kommunalen Klinikum stehe. Er brachte folgenden **Änderungsantrag** ein:

*„b) Der Abschnitt ist zu streichen.“*

Er begründete den Änderungsantrag damit, dass ein Antrag zur Anmeldung einer Insolvenz gesetzlich geregelt sei und in der Verantwortung der Geschäftsleitung lege und daher der Teil der Beschlussvorlage überflüssig sei.

Dem **Änderungsantrag** wurde bei 37 Ja-Stimmen und einer Enthaltung **einstimmig zugestimmt**.

**Oberbürgermeister Feist** betonte, dass die von CDU- und SPD-Fraktion geforderte Kostentransparenz in der Vergangenheit erfolgt sei und auch zukünftig werde man den Ratsmitgliedern die aktuellen Zahlen vorlegen.

Er führte weiter aus, dass Grundlage für die gewünschte Kooperation mit Friesland das Sanierungskonzept sei, dass seit Ende Juni im Entwurf vorliege und erst Mitte des kommenden Jahres fertig gestellt werde. Man arbeite aber bereits jetzt intensiv mit Friesland zusammen. So tagen die Aufsichtsräte mittlerweile einmal im Quartal gemeinsam. Man befinde sich im regelmäßigen Austausch, aber für eine noch engere Zusammenarbeit müssten beide Seiten konkrete Zahlen auf den Tisch legen. Dies sei von Seiten Wilhelmshavens noch nicht möglich.

**Frau Bakir-Block** bat um Auskunft, warum die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre nicht erfolgt sind. Außerdem verstehe sie nicht, warum die Zuschüsse notwendig seien, wenn doch 2022 und 2023 ein Plus verzeichnet werden konnte.

**Oberbürgermeister Feist** konnte den Ausführungen von Frau Bakir-Block nicht folgen, da für die besagten Jahre noch kein Jahresabschluss vorliege.

**Frau Dr. Korte** erklärte, dass die Abschlüsse für die Jahre 2020, 2021 und 2022 aufgrund des desolaten Zustandes der Finanzbuchhaltung nicht testiert werden konnten. Zwischenzeitlich liege das Testat für den Jahresabschluss 2020 vor, da die fehlende positive Fortführungsprognose durch den Ratsbeschluss im Mai erfolgt sei. Die Abschlüsse für 2021 und 2022 seien aufgestellt und geprüft. Sie würden vom Wirtschaftsprüfer dann testiert, wenn der Beschluss heute gefasst werde. Zur Frage der positiven Abschlüsse erklärte sie, dass der Jahresabschluss 2021 mit einem moderaten Minus geprüft worden sei. Der Jahresabschluss 2022 sei mit einem positiven Jahresergebnis geprüft. Dies lege daran, dass die Zuschüsse der Stadt dazu geführt haben, dass das rechnerische Jahresergebnis in der Bilanz positiv ausfalle. Dies habe aber nichts mit Liquidität als solches zu tun. Es sei keine Summe, die dem Klinikum zur Verfügung stehe. Die Zahlen für 2023 kenne sie noch nicht.

**Herr Burkhart** teilte mit, dass die Gruppe „GRÜNE und GFW“ der Beschlussvorlage ebenfalls zustimmen werde, da man zum kommunalen

Krankenhaus stehe. Man werde aber die Arbeit des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung genau beobachten. Wichtig sei der Gruppe, dass das aufgestellte Sanierungskonzept kontinuierlich abgearbeitet werde mit der Folge, dass Ende 2028 auch das bisher vorprognostizierte Ergebnis vorliegt. Dazu gehöre auch ein vernünftiger Übergang von der Interimsgeschäftsführung an eine mögliche Nachfolge.

**Herr Bulla** erklärte, dass auch seine Gruppe mit Ausnahme von Herrn Reinhard der Vorlage zustimmen werde. Er bat um Auskunft, ob Ende November zur Ratssitzung feststehe, ob die fehlenden 5,725 Mio. bereits aus dem Haushalt 2023 darstellbar seien.

**Herr Bruns** führte aus, dass man erst sicher sein könne, wenn der Abschluss erfolgt sei. Man würde daher im November lediglich eine Prognose aufstellen.

**Frau Dr. Kirstges** appellierte an die Ratsmitglieder, dem Erhalt des Klinikums zuzustimmen. Gerade in diesem Jahr sei gelungen, gleich drei Jahresabschlüsse nachzuholen und jahrelange Versäumnisse in der Buchhaltung und im Controlling aufzuholen. Als weiteren Grund gab sie die Bundes- und Landespolitik an, die das Gesundheitswesen „im Stich lasse“. Der Rat müsse das Klinikum am Laufen halten, weil es Pläne gebe, die erfolgsversprechend seien.

Nach der Meinung von **Herrn Schön** müsse man der Vorlage zustimmen, wenn man die Arbeit der Beschäftigten schätze. Er verwies auf die erheblichen finanziellen Folgen für die Stadt, die Beschäftigten, aber auch für die heimische Wirtschaft, wenn das Klinikum Insolvenz anmelden müsse.

Er bat um Aufnahme ins Protokoll, dass mit Punkt 2.2. keine Haushaltssperre verbunden sei. Außerdem betonte er, dass die Begründung kein Bestandteil des Beschlusstextes sei.

**Oberbürgermeister Feist** erwiderte, dass eine Haushaltssperre nicht implizit mit dem Beschluss einhergehe. Aber nach den Regelungen des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes habe der Oberbürgermeister als Organ die Möglichkeit, eine Haushaltssperre zu verhängen. Er möchte nicht, dass der Eindruck entstehe, dass durch den Hinweis von Herrn Schön eine Haushaltssperre mit einem Ratsbeschluss ausgeschlossen sei.

**Herr Ehlers** erinnerte daran, dass massive Fehler in der Vergangenheit zur jetzigen Situation geführt hätten. Die Gesamtverantwortung heute beim Aufsichtsrat zu suchen, sei falsch. Die Verantwortung läge bei den damaligen Geschäftsführern. Er forderte den Rat zu einer sachlichen und fairen Aufarbeitung der Angelegenheit auf.

**Herr Berner** unterstrich die Ausführungen von Herrn Ehlers.

Auf die Frage von **Frau Schröder**, ob eine Umwandlung der Zuschüsse in Darlehen möglich sei, antwortete Herr Bruns, dass man dann in ein zeitliches Problem gerate. Würden keine genehmigungspflichtigen Bestandteile im Nachtragshaushalt verändert, könne man nach 2 Wochen den Haushalt umsetzen. Anderenfalls hätte die Kommunalaufsicht drei Monate Zeit, den

Nachtragshaushalt zu genehmigen. Dann wäre man bereits im März 2024 und es bestünde die Gefahr einer Zahlungsunfähigkeit des Klinikums.

**Frau Dr. Korte** wies daraufhin, dass die Budgets jahresweise verhandelt würden. Als man im Dezember gestartet sei, sei das Budget 2020 verhandelt, aber noch nicht umgesetzt worden, weil die Datenlage nicht stimmte. Dies wurde nachgeholt. Die Budgetverhandlungen für 2021 seien im Juli dieses Jahres verhandelt worden und würden jetzt umgesetzt. Die Budgetverhandlungen für 2022 seien für Ende November terminiert, sodass man neben den drei Jahresabschlüssen auch die Budgetverhandlungen habe aufholen können. Im Dezember werde man dann voraussichtlich wieder auf dem gleichen Stand wie andere Krankenhäuser sein.

**Frau Kloster** machte deutlich, dass ihre Gruppe die Vorlage nur deshalb unterstütze, weil man handlungsfähig bleiben wolle. Gleichzeitig unterstützte sie die Forderung von Herrn Heinemann, dass schnellstmöglich verlässliche Zahlen vorgelegt werden und eine zeitige Einbindung des Rates durch Klinikleitung und Verwaltung erfolge.

Der **Ratsvorsitzende** erklärte, dass er gemäß § 12 Abs. 7 der Geschäftsordnung im Einzelfall zulassen könne, dass ein Ratsmitglied mehr als einmal zu einer Sache sprechen darf. Da sich kein Widerspruch erhob, machte er von dieser Ausnahme Gebrauch.

Auf die Frage von **Herrn Walpurgis**, ob bereits ein Termin für die sogenannte „Elefantenrunde“ avisiert sei, antwortete Oberbürgermeister Feist, dass die gemeinsamen Sitzungen der Aufsichtsräte von Friesland und Wilhelmshaven nichtöffentlich stattfinden würden und er insofern nicht daraus kommentieren werde.

**Herr Brandt** ergänzte die Protokollbemerkung von Herrn Schön zu 2.2. der Beschlussvorlage dahingehend, dass auch die vorläufige Haushaltsführung nach § 116 NKomVG einzubeziehen sei.

Die Fragen von **Frau Bakir-Block** hinsichtlich des Sanierungsplanes und der Gutachten wurden von Oberbürgermeister Feist beantwortet. Der Entwurf des Sanierungsplanes liege den Ratsmitgliedern seit Juni vor. Man gehe davon aus, dass die Firma Aderhold im Sommer 2024 abschließend das IDW S 6-Gutachten vorstellen werde. Dieses Gutachten prüfe die Sanierungsfähigkeit der KW gGmbH auf der Grundlage des von der Geschäftsführung erstellten Sanierungsplanes. Er betonte, dass mit der jetzigen Finanzierungszusage eine „Durchfinanzierung“ der Gesellschaft für 2024 keineswegs gesichert sei. Die Erfahrungen der Vergangenheit hätten gezeigt, dass die Prognosen mehrfach nicht eingetroffen seien. Weitere Abweichungen seien jederzeit möglich – in positiver wie auch in negativer Richtung.

**Herr Dr. Schulte** fragte sich, was man unter dem Begriff „Mehrheitsgesellschafter“ verstehen müsse, denn aus der Begründung habe er entnommen, dass man überlege, einen Mehrheitsgesellschafter aufzunehmen. Sei dies schon als ein Weg in die Privatisierung zu verstehen?

**Beschluss:** mehrheitlich zugestimmt  
(33 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung)

Der Rat beschließt,

- a) dass die Liquidität der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH in den Jahren 2023 und 2024 mit bis zu 13,6 Mio. € gestärkt und eine ausstehende Baurechnung i.H.v. bis zu 2,5 Mio. € besichert wird.

Die Finanzierung wird wie folgt sichergestellt:

1. Der Rat beschließt, das Eigenkapital der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH mit folgenden Maßnahmen um 7,875 Mio. € aufzustocken:
  - 1.1 Aufstockung des Eigenkapitals um 7,575 Mio. € durch die Kernverwaltung. Der Rat beschließt hierfür gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 9 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) eine Nachbewilligung in Höhe von 7,575 Mio. € nach § 117 NKomVG zum Haushalt 2023. Die Aufstockung erfolgt in Form einer Einzahlung in die Kapitalrücklage über den Eigenbetrieb RNK in die KW gGmbH.
  - 1.2 Aufstockung des Eigenkapitals um 0,3 Mio. € durch den Eigenbetrieb RNK. Hierfür werden die noch bestehenden Kreditermächtigungen 2021 und 2022 im Eigenbetrieb RNK in Höhe von je 0,15 Mio. € genutzt. Die Aufstockung erfolgt in Form einer Einzahlung in die Kapitalrücklage der KW gGmbH.
2. Der Rat ermächtigt die Verwaltung, Zuschüsse an die KW gGmbH in einer Höhe von bis zu 5,725 Mio. € zu leisten.
  - 2.1 Der Rat verpflichtet sich, Zuschüsse in Höhe von insgesamt 5,725 Mio. € in den ersten Nachtragshaushalt 2023/24 einzustellen.
  - 2.2 Der Rat beauftragt die Verwaltung, den ersten Nachtragshaushalt 2023/24 so aufzustellen, dass er keine genehmigungspflichtigen Bestandteile enthält. Der Nachtragshaushalt ist dem Rat in seiner Sitzung am 29.11.2023 zur Beschlussfassung vorzulegen.
3. Der Rat stimmt der Begebung einer Bürgschaft für ausstehende Baurechnungen i.H.v. bis zu 2,5 Mio. € zu. Die Bürgschaft mit den konkreten Konditionen wird der Kommunalaufsicht zur Genehmigung vorgelegt.

~~oder~~

~~b) dass der Klinikum Wilhelmshaven gGmbH keine weiteren Mittel zur Stärkung der Liquidität seitens der Gesellschafterin zur Verfügung gestellt werden. Dies umfasst auch die verbleibenden Zuschüsse in Höhe von 3,883 Mio. €, die noch aufgrund des Ratsbeschlusses vom 05.05.2023 (BV 155/2023) zur Verfügung stehen.~~

6

#### Einwohnerfragestunde II

(Fragen zur Tagesordnung der soeben abgehandelten Ratssitzung  
gem. § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Rates)

**Herr Marcus Jurk** wünschte vom Geschäftsführer, welcher verantwortlich für den Neubau des Klinikums ist, zu hören, wie dieser glaube, wie es zu diesen Fehlern gekommen sei und wie diese zukünftig zu verhindern seien, da scheinbar das Klinikum ohne den Neubau keine Probleme gehabt zu haben scheine.

**Oberbürgermeister Feist** antworte wie folgt:

„Vielen Dank Herr Jurk, erstens stellen sie die Plausibilität der Zahlen in Frage, die heute vorgestellt worden sind. Dem widerspreche ich in aller Deutlichkeit. Hinter uns sitzen hochangesehene, deutschlandweit angesehen Experten, die große Kanzleien betreiben und die die Plausibilität der Zahlen, die hier heute vorgelegt wurden, insofern bescheinigt haben. Zweiter Teil Ihrer Frage – die hat Frau Bakir-Block auch gestellt – und ich kann Ihnen keine andere Antwort geben als ich Frau Bakir-Block gegeben habe. Es kann heute keiner die Garantie darauf aussprechen, dass es nicht in Zukunft wieder zu einer Situation kommen wird, die Insolvenzgefahr für unser Klinikum bedeutet. Wir haben heute im Laufe dieser Ratssitzung mehrmals auf die Risiken hingewiesen. Sie sind Bestandteil der öffentlichen Vorlage, stehen dort in der Begründung auch nochmal abgebildet. Das heißt also, eine Aussage, wir haben das hier entschieden und somit ist alles gut, wäre grob fahrlässig und die wird es von mir so nicht geben.“

**Herr Leinert** fügte der Antwort hinzu, dass die Baukosten gestiegen seien, da sich unter dem Klinikum eine durchgehende Torfschicht befinden würde. Im Baugrundgutachten sei man noch von einzelnen Torflinsen ausgegangen. Bei einem Baugrundgutachten würden verschiedene Bohrungen nach DIN4020 durchgeführt. Daraus müsse der Baugrundgutachter dann eine Wahrscheinlichkeit treffen, wie der Boden zwischen den Bohrungen beschaffen sei. Auch sei zu beachten, dass die alte Vorlage den Finanzierungszeitraum Ende 2023 abgedeckt habe. Die jetzige Vorlage müsse die Kosten für 2024 berücksichtigen und dort seien 2,1 Millionen Euro für die Planung des neuen Klinikums vorgesehen, um das DKB Konto eröffnen zu können. Das DKB Konto sei auch deswegen geschlossen worden, weil sich die Planung nach der Corona-Epidemie als zu groß erwiesen habe. Aufgrund deutlich eingebrochener Belegungszahlen nach Corona sei eine Neuplanung eingefordert worden.

Nach erneuter Rückfrage von **Herrn Jurk** stellte **Herr Leinert** nochmals dar, dass es ein Baugrundrisiko nach DIN gäbe. Es sei vollkommen plausibel, dass zwischen den Bohraufschlüssen eine Annahme getroffen werden müsse, wie der Boden sich real darstelle. Ansonsten müsste man die komplette Baugrube ausheben, dann wieder zuschütten, um dann korrekt ausschreiben zu können. Die ursprünglichen Planungen des Klinikums vor Corona seien korrekt gewesen. Gegenüber dem Jahr 2015 gäbe es ein Minus 25% bis ein Minus 30% an Belegungszahlen. Es werde nun in einer Größe gebaut, die sinnvoll sei.

Eine weitere Frage wurde von **Frau Petra Albers** an **Frau Dr. Korte** eingebracht. Das Sanierungskonzept stütze sich auf die Einsparungen von Personalkosten. Baue das Sanierungskonzept weiterhin darauf, dass die Personalkosten gestoppt werden, in dem kein neues Personal akquiriert werde?

**Frau Dr. Korte** antwortete, dass es immer das Anliegen gewesen sei, in den Bereichen, in denen das Klinikum schlecht aufgestellt sei, die Personalakquise zu steigern. So stehe es auch im Sanierungskonzept.

**Frau Petra Albers** fragte zusätzlich, wann die nächste Mitarbeiterversammlung stattfinden werde.

**Frau Dr. Korte** erklärte, dass der Termin zur Durchführung einer Mitarbeiterversammlung in Absprache mit dem Betriebsrat erfolge. Dort werde dann über die anstehenden direkten klinischen Maßnahmen informiert.

Anschließend gab es noch folgende Wortmeldung von **Herrn Schön**:

„Herr Jurk hat gerade eben eine Frage gestellt. Aus gegebenen Anlass möchte ich mal aus Facebook vorlesen. Da hat Herr Jurk vor zwei Stunden etwas gepostet. Da steht „Feist ist seit 2019 ins Amt gewählt worden. Es wäre schön, wenn er auch mal Verantwortung übernehmen würde.“ Und dann folgt eine ungeheure Hetze auf Facebook, dass finde ich wirklich widerlich. „Seit 2 Jahren kümmert er sich einen Scheiss und wimmelt alles ab“ – alles unter Ihrem Post, Herr Jurk – „Der muss dringend weg / Typisch Politiker / Reiht sich nahtlos ein in die Machenschaften der Regierung / Nichts tun und aussitzen / Auch, wenn er damals nicht im Amt war, so sollte er jetzt Stellung beziehen“ usw. und sofort. Ich muss sagen, dass ist widerlich. Herr Jurk und ich würde mich freuen, wenn Sie diese Posts löschen würden.“

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

**Ende der Sitzung: 17:48 Uhr**

gez.

---

Becker  
Ratsvorsitzender

gez.

---

Feist  
Oberbürgermeister

gez.

---

Rogel  
Protokollführerin